

# **-Runder Tisch- der Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR**

**Herrn Staatsminister Carsten Schneider  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin**

Dresden, den 22.07.2022

Sehr geehrter Staatsminister Herr Carsten Schneider,

ich möchte mich hiermit nochmals bedanken für das Gespräch am 1. Juli 2022 im Bundeskanzleramt.

Mit Bedauern mussten die Mitglieder des Runden Tisches aber zur Kenntnis nehmen, dass sie unseren berechtigten Forderungen nach einem Gerechtigkeitsfonds für die Berufs- und Personengruppen ohne wirkliche Gesprächsbereitschaft eine Absage erteilt haben.

**Als „Mann klarer Worte“, erklärten Sie, einen Gerechtigkeitsfonds wird es mit Ihnen nicht geben.**

Ich möchte Sie höflichst darauf aufmerksam machen, dass sie mit der Drucksache 17/6486 vom 07.07.2011 als Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion folgendes mitunterzeichnet haben:

**„Neben der Vereinheitlichung der Rentenversicherung in Ost und West müssen nach mehr als 20 Jahren nach der deutschen Einheit weitere offene Fragen der Rentenüberleitung abschließend geklärt werden. Auch die bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Rentenrecht getroffenen Regelungen müssen im Interesse des Rechtsfriedens und der Vollendung der deutschen Einheit endlich abschließend geklärt werden“.**

Dietmar Polster    Ferdinand-Avenarius-Straße 5  
Sprecher            01277 Dresden

Mobil: 01749236648

1

Leider stehen Sie 11 Jahre danach nicht mehr zu Ihren eigenen Forderungen, zu Ihrem Wort; Ach ja, 2011 war die SPD im Deutschen Bundestag in der Opposition!

**Ein sozialer Friede in Ostdeutschland kann mittels eines Härtefallfonds nie erreicht werden, das wissen Sie genau so gut wie alle anderen handelnden Personen in dieser Sache. Damit schafft man nur weitere Ungerechtigkeiten!**

Eine wirkliche Befriedung geht nur mittels eines **Gerechtigkeitsfonds**, einer angemessenen politischen **Abfindungsregelung**, **eine Fondsausstattung von mindestens 4 Mrd. Euro ist notwendig.**

Dafür sind Sie als Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, der angetreten ist, die Einheit auf Augenhöhe zu vollenden, eigentlich in der Pflicht. Im Gespräch am 01.07.22 konnte man aber nicht einmal den Willen erkennen, dass Sie die Problematik genauer mit den Vertretern des Runden Tisches erörtern wollten. Ein solcher Umgang ist eines Ostbeauftragten unwürdig und ist ein Affront gegenüber allen Betroffenen.

Ich fordere Sie dazu auf, im Dialog mit den Vertretern des Runden Tisches nach einer Lösung für „Alle“ zu suchen. Unser Forum für Rentengerechtigkeit findet am 23. September 2022 in Leipzig statt.

Ich bitte um Rückäußerung und verbleibe mit freundlichen Grüßen.



Dietmar Polster  
Sprecher des Runden Tisches  
i.A. der Gruppen